



Ministerin

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Bundes- und Europaangelegenheiten,  
für Kooperationen im Ostsee- und Nordseeraum  
und für Minderheiten  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Lehnert, MdL  
Düsternbrooker Weg 70  
24105 Kiel

27.12.2013

**Betr.: Übersendung des Protokolls der 63. Europaministerkonferenz**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der Anlage übersende ich Ihnen gemäß § 9 Absatz 4 des Parlamentsinformationsgesetzes (PIG) das Protokoll der 63. Europaministerkonferenz zur Unterrichtung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Anke Spoorendonk

Anlagen

Hinweis: Der vollständige Umdruck kann im Ausschussbüro - Zi. 138 - eingesehen und über das Internetangebot des Landtages unter [sh-landtag.de](http://sh-landtag.de)->Dokumente->Umdrucke aufgerufen werden.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**Tagesordnung**

- TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung
- TOP 2 Vorstellung der Themenschwerpunkte des bremischen Vorsitzes
- TOP 2a Europapolitische Forderungen der Länder für die zukünftige  
Legislaturperiode
- TOP 3 Soziales und wettbewerbsfähiges Europa
- TOP 4 Teilnahme von Bundesratsbeauftragten an EU-Ministerratssitzungen  
(Inner Circle)
- TOP 5 Aktuelle europapolitische Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung
- TOP 6 Jugend in Europa
- TOP 7 Europaschulen
- TOP 8 Politischer Austausch mit dem Vorsitzenden der deutschen AdR-Delegation  
zur Zukunft des AdR
- TOP 9 Sachstandsbericht der Länderbeauftragten Berlin und Sachsen zu den  
Beitrittsprozessen zur EU
- TOP 10 Bericht aus dem IT-Planungsrat
- TOP 11 Verschiedenes
  - TOP 11.1 EU-Projekttag an Schulen 2014
  - TOP 11.2 Nationales Reformprogramm 2014

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 1      Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 2      Vorstellung der Themenschwerpunkte des bremischen  
Vorsitzes**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 2a      Europapolitische Forderungen der Länder für die zukünftige  
Legislaturperiode**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 3      Soziales und wettbewerbsfähiges Europa**

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht „Soziales und wettbewerbsfähiges Europa“ zur Kenntnis.
2. Sie beauftragen die StAG, ihnen zur EMK im März 2014 einen Beschlussvorschlag zu diesem Thema vorzulegen.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 4      Teilnahme von Bundesratsbeauftragten an  
EU-Ministerratssitzungen (Inner Circle)**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 5      Aktuelle europapolitische Entwicklungen aus Sicht der  
Bundesregierung**

Gast: MinDirig Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven, stellv.  
Leiter der Europaabteilung des AA

Das Thema wurde erörtert.



**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 6      Jugend in Europa**

Gast: Hans-Georg Wicke, Leiter von JUGEND für Europa (Deutsche  
Agentur für das EU-Programm JUGEND IN AKTION)

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht „Jugend in Europa“ zur Kenntnis.
2. Sie beauftragen die StAG, ihnen zur EMK im März 2014 einen Beschlussvorschlag zu diesem Thema vorzulegen.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 7      Europaschulen**

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht „Schulen mit Europaprofil“ zur Kenntnis.
2. Sie beauftragen die StAG, ihnen zur EMK im März 2014 einen Beschlussvorschlag zu diesem Komplex vorzulegen.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 8      Politischer Austausch mit dem Vorsitzenden der deutschen AdR-  
Delegation zur Zukunft des AdR**

Gast: Dr. Holger Poppenhäger, Justizminister des Freistaats  
Thüringen

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 9 Sachstandsbericht der Länderbeauftragten Berlin und Sachsen  
zu den Beitrittsprozessen zur EU**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 10      Bericht aus dem IT-Planungsrat**

Das Thema wurde erörtert.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 11      Verschiedenes**

**TOP 11.1    EU-Projekttag an Schulen 2014**

**Beschluss**

1. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz nehmen den Bericht „EU-Projekttag an deutschen Schulen“ zur Kenntnis.
2. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz verständigen sich darauf, den EU-Projekttag an deutschen Schulen weiterhin möglichst an einem bundesweit einheitlichen Termin, vorzugsweise am 31.03.2014, durchzuführen. Dieses Datum nimmt weitestgehend auf die länderspezifischen Regelungen für politische Veranstaltungen im Vorfeld von Wahlen Rücksicht.
3. Die Mitglieder der Europaministerkonferenz unterrichten die zuständigen Ressorts in ihren Ländern.

**63. Europaministerkonferenz  
am 21. November 2013 in Berlin**

Beschlussprotokoll

**TOP 11.2 Nationales Reformprogramm 2014**

Das Thema wurde erörtert.

**Protokoll**  
**der Sitzung der 63. Europaministerkonferenz**  
**am 21. November 2013 in Berlin**

**TOP 1: Eröffnung der Sitzung und Annahme der Tagesordnung**  
(HB als Vorsitz)

Die Vorsitzende StR'in Hiller (HB) begrüßt die Mitglieder der EMK und die anwesenden Gäste zur 63. Europaministerkonferenz in den Räumlichkeiten der Landesvertretung Bremens in Berlin. Die vorgelegte Tagesordnung wird ohne Änderungen angenommen.

**TOP 2: Vorstellung der Themenschwerpunkte des bremischen Vorsitzes**  
(HB als Vorsitz)

Die Vorsitzende erläutert anhand der im Vorfeld verteilten Arbeitsplanung die Themenschwerpunkte des bremischen EMK-Vorsitzjahres. Im Fokus stünden im laufenden Jahr insbesondere die Themen „Jugend in Europa“ (TOP 6) und „Europaschulen“ (TOP 7). Darüber hinaus habe der Vorsitz vorgesehen, sich mit Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Roma in ihren Herkunftsländern sowie dem Europäischen Semester zu befassen.

Der Vorsitz habe ein großes öffentliches Interesse an der Roma-Thematik festgestellt, das sich nicht nur auf die Situation in den deutschen Ländern beziehe, sondern auch die Befassung aus europäischer Sicht beinhalte. Bremen habe bereits eine Gliederung zu diesem Thema vorgelegt und werde diese bis zur EMK im März 2014 zu einem Berichtsentwurf ausarbeiten. Wichtig für die europapolitische Debatte sei vor allem der Aspekt der Umsetzung wirksamer Maßnahmen in den Herkunftsländern zur Verbesserung der Lebensverhältnisse vor Ort. Europa, seine Mitgliedstaaten und die Regionen könnten in diesem Bereich ihre Erfahrungen weitergeben und hierdurch behilflich sein, die Situation in den neuen Mitgliedstaaten zu verbessern.

Frau StS'in Dunger-Löper (BE) erwähnt die Roma-Strategie des Landes Berlin, die man gerne in den Bericht einbringen würde. Herr Herms (HH) weist auf den Wunsch der Hamburger Fachbehörde Arbeit, Soziales, Familie und Integration hin, sich einzubringen. Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) signalisiert ebenfalls die Bereitschaft zur Mitarbeit ihres Landes, da NW in einigen Städten ganz besonders von der innerdeutschen Problematik betroffen sei und daher großes Interesse habe, die Lage der Minderheiten auch in den Herkunftsländern zu verbessern.

Frau Min'in Spoorendonk (SH) weist darauf hin, dass es sich bei dem Thema auch um europäische Minderheitenpolitik handele, was entsprechend berücksichtigt werden müsse.



Sie nennt die Föderalistische Union Europäischer Volksgruppen (FEUV), eine NGO, die sich bereits seit Langem mit Minderheitenpolitik in Europa generell, aber auch mit der Situation der Gruppe der Roma im Besonderen befasst und sagt zu, relevante Stellungnahmen der FEUV gerne zu Verfügung zu stellen. Frau StS'in Dr. Breier (HE) bietet ebenfalls die Mitwirkung des Landes Hessen am Bericht an, zumal das hessische Europaministerium ebenfalls die Zuständigkeit für Integration innehat.

BE, HH, NW und HE sagen ihre Mitberichterstattung zu dem Bericht „Maßnahmen zur Verbesserung der Lebensverhältnisse von Roma in ihren Herkunftsländern“ zu.

Die Vorsitzende nennt das „Europäische Semester“ als weiteren Schwerpunkt und weist insbesondere auf das Spannungsfeld zwischen der Notwendigkeit einer stärkeren Koordinierung der europäischen Wirtschaftspolitik einerseits und den individuellen nationalen Interessen und Kompetenzen der Mitgliedstaaten andererseits hin. Die Rolle der Länder in diesem Prozess solle noch einmal genauer beleuchtet werden.

Die Befassung der EMK mit dem „Europäischen Semester“ ist für den Sommer 2014 vorgesehen. Berichtersteller sind BY, HB und HH.

**TOP 2a: Europapolitische Forderungen der Länder für die zukünftige Legislaturperiode**  
(HB als Vorsitz)

Die Vorsitzende StR'in Hiller (HB) verweist auf die von ihr im Vorfeld der Sitzung benannten vier europapolitischen Forderungen der Länder, die sie seitens der EMK der neuen Bundesregierung zuzuleiten vorschläge.

Sie betont, dass in dieser Sitzung keine vertiefte Debatte jener Punkte und insbesondere auch kein EMK-Beschluss intendiert seien. Sie beabsichtige vielmehr, ein vorher in der EMK abgestimmtes Schreiben an den künftigen Bundesaußenminister zu adressieren, mit dem die EMK ihre Glückwünsche zum Amtsantritt ausdrücke und dabei auch einige Kernpunkte der Zusammenarbeit zwischen Bundesregierung und Ländern benenne. Frau StR'in Hiller schlägt darüber hinaus vor, in der EMK im März 2014 diese und andere Länderforderungen mit dem Vertreter der Bundesregierung zu diskutieren.

In der Diskussion des Vorschlags zeigen sich zwei Haltungen: einerseits Zurückhaltung (HE, SN) und andererseits grundsätzliche Stützung des Vorsitzvorschlags (insb. BB, BW, BY, MV, NW, RP, SH, TH). Die Ziffer 4 des Vorschlags wird dabei jedoch überwiegend problematisiert, da sie nicht – wie die Ziffern 1 bis 3 – Verfahrensdinge zum Inhalt habe.

In der EMK besteht Einvernehmen, keinen Beschluss zu Länderforderungen gegenüber der Bundesregierung zu fassen. Der Vorsitz wird gebeten, einen als Glückwunschs Schreiben verfassten Briefentwurf mit den aus Ländersicht mit dem Bund zu klärenden Verfahren zu entwerfen und zur Abstimmung in der StAG zu zirkulieren.

**TOP 3:            Soziales und wettbewerbsfähiges Europa**  
(BW, BY, BB, HE, NI, NW, RP, TH)

Die Vorsitzende dankt den Berichterstattern herzlich für den vorliegenden Berichtsentwurf und bittet die federführenden Berichterstatter (BB und BY) um eine kurze Einführung zum weiteren Verfahren. Eine inhaltliche Debatte zu diesem Thema sei nicht vorgesehen. Herr Min Christoffers (BB) und Frau MinDir'in Gernbauer (BY) bestätigen dies und schlagen vor, den Bericht zur Kenntnis zu nehmen, sowie eine vertiefte inhaltliche Debatte inklusive Beschlussfassung in der März-EMK zu führen.

Nach kurzer Diskussion einigen sich die Mitglieder der EMK darauf, wie vorgeschlagen zu verfahren und fassen anliegenden Beschluss (s. beigefügtes Beschlussprotokoll).

**TOP 4:            Teilnahme von Bundesratsbeauftragten an EU-Ministerratssitzungen**  
**(Inner Circle)**  
(HB als Vorsitz)

Die Vorsitzende StR'in Hiller (HB) verweist in ihrer Einführung auf die von den Ländern unternommenen Anstrengungen, das vom irischen Ratsvorsitz eingeführte Sitzungsformat „Inner Circle“ im Sinne der Länder zu revidieren. Auf Bitte der Vorsitzenden berichtet Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven (stellv. Leiter der Europaabteilung des AA) zum aktuellen Stand und zur weiteren Behandlung des Themas durch die Bundesregierung. Er bestätigt die Haltung der Bundesregierung, dass das Inner Circle-Format für Deutschland nicht akzeptabel sei und skizziert insbesondere die diesbezüglichen Aktivitäten von Min Westerwelle und StMin Link. Zuletzt habe sich das AA anlässlich der Vorbereitung der EU-Ratssitzung der Bildungsminister am 25./26. November nachdrücklich für zwei deutsche Plätze am Verhandlungstisch eingesetzt. Von der litauischen Präsidentschaft sei aber signalisiert worden, dass sie nicht vom Inner-Circle-Sitzungsformat abweichen wolle.

Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven versichert, dass das AA dessen ungeachtet weiterhin gemeinsam mit den Ländern die grundsätzliche Forderung verfolgen werde. Die Tatsache, dass nunmehr schon die zweite EU-Ratspräsidentschaft in Folge das Inner-Circle-Format beibehält, müsse man allerdings zur Kenntnis nehmen. Es sei daher sinnvoll, dass Bund und Länder gemeinsam – unbeschadet der Aufrechterhaltung der Grundforderung – eine praktikable Zwischenlösung entwickelten.

Herr Bruns (HB) betont, dass einzelne pragmatische Absprachen zwischen der Bundesregierung und Bundesratsbeauftragten zur Arbeit in derzeit betroffenen Räten lediglich als Übergangslösung zu betrachten seien und nicht etwa eine Rücknahme der Länderforderungen bedeuteten. Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven stimmt dem zu.

Im Rahmen der Diskussion über die Frage des weiteren Vorgehens schlägt Frau MinDir'in Gernbauer (BY) vor, die 6-Länder-AG (BW, BY, BE, HE, RP, SL) zu beauftragen, sich mit dem Thema zu befassen und dabei auch innerstaatliche Möglichkeiten (Bund/Länder) für Überbrückungslösungen zu erörtern. Herr Balint (BB) äußert im Hinblick auf die schon erfolgten Bemühungen der Brandenburger Bildungsministerin Frau Dr. Münch (Bundesratsbeauftragte im EU-Bildungsministerrat) Interesse an der Mitarbeit in der AG.

Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) hält die Befassung einer AG nicht für erforderlich. Es gebe einen klaren Katalog von Länderangelegenheiten und es sei nun nötig, sich mit der Bundesregierung darauf zu verständigen, dass bei diesen Angelegenheiten die Länder im Inner Circle des jeweiligen Ministerrates säßen. Frau Min'in Spoorendonk (SH) pflichtet NW mit dem Hinweis darauf, dass es sich um ein innerdeutsches Problem handele, bei. Herr Dr. Schmuck (RP) schließt sich dieser Sicht an und erkennt angesichts der klar definierten Länderzuständigkeiten keinen Verhandlungsspielraum.

Abschließend regt die Vorsitzende StR'in Hiller an, dass der Vorsitz bei Bedarf zu einem Beratungstreffen der Mitglieder der 6-Länder-AG sowie BB einlädt. Der Vorschlag wird angenommen.

**TOP 5: Aktuelle europapolitische Entwicklungen aus Sicht der Bundesregierung**  
(Auswärtiges Amt)  
Gast: MinDirig Dr. Arndt Freiherr Freytag von Loringhoven (stellv. Leiter der Europaabteilung des AA)

Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven (AA) geht in seinem Beitrag auf die derzeit wichtigsten europapolitischen Themen aus Sicht der Bundesregierung ein. Das AA sei erfreut darüber, dass der Mehrjährige Finanzrahmen (MFR) nach schwierigen Verhandlungen nun vom Europäischen Parlament angenommen worden ist. Wichtige deutsche Interessen (wie z. B. die „Better-Spending-Initiative“) seien dabei berücksichtigt worden.

Die wirtschaftliche Lage in der Eurozone insgesamt helle sich etwas auf; Irland und Spanien würden in Kürze den Rettungsschirm verlassen. Es gebe aber weiter drängende ökonomische und soziale Herausforderungen, wie z. B. die hohe Jugendarbeitslosigkeit, die weitere Reformen notwendig machten.

Für den Europäischen Rat im Dezember sei geplant, sich vor allem mit den Themen Bankenunion und der engeren wirtschaftspolitischen Koordinierung in der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) sowie mit der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik, der EU-Erweiterung und dem Thema Migration und Flüchtlinge zu befassen. Im Zusammenhang mit der Vertiefung der WWU befürworte das AA den Vorschlag, sogenannte vertragliche Vereinbarungen zwischen der EU und einzelnen Mitgliedstaaten als neues Instrument zu schaffen, in denen Reformen fest vereinbart werden könnten und durch einen neu zu schaffenden, finanziellen Solidaritätsmechanismus unterstützt würden. Erste Konturen dieser neuen Instrumente würden für Dezember erwartet. Diese Maßnahmen dienen nach Auffassung des AA insbesondere der Stärkung von „Ownership“ in den beteiligten Mitgliedstaaten und der jeweiligen nationalen Parlamente.

Konkretes weiteres Ziel für den Europäischen Rat im Dezember sei die Identifizierung von wichtigen Politikbereichen für eine engere wirtschaftspolitische Koordinierung. Das AA hält drei Bereiche für zentral: Arbeitsmärkte, Produktmärkte und Effizienz der öffentlichen Verwaltung.

Im Zusammenhang mit der Bankenunion erhoffe man sich insbesondere eine grundsätzliche Einigung zum einheitlichen Abwicklungsmechanismus, wobei es hier starke Diskrepanzen bei den Positionen gebe.

Im Mittelpunkt der Östlichen Partnerschaft stehe derzeit die Frage, ob das Assoziierungsabkommen der EU mit der Ukraine unterzeichnet werden könne und ob Abkommen mit Georgien und Moldau paraphiert werden könnten.

Auf Nachfrage von Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) und Herrn Min Christoffers (BB) erläutert Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven (AA), dass es sich beim Solidaritätsmechanismus um eine zusätzliche Fazilität handeln könne, das ganz gezielt auf die Verwirklichung von Strukturreformen abziele, deren genaue Ausgestaltung und Finanzierung aber noch völlig offen sei. Die von Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) angesprochene Diskussion um einen hauptamtlichen Vorsitzenden der Eurozone sei erst für einen Zeitpunkt nach den Wahlen zum Europäischen Parlament vorgesehen.

Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) äußert in der Diskussion die Erwartung, dass darauf geachtet werde, dass die angesprochenen Vertragspartnerschaften nicht zu weiterem Sozialabbau oder dem Abbau von Arbeitnehmerrechten genutzt würden.

Zur Bankenunion erläutert Herr MinDirig Dr. Freiherr Freytag von Loringhoven (AA) die grundsätzliche Auffassung der Bundesregierung, dass ein solches System im Rahmen der geltenden vertraglichen Regelungen nur als Netzwerk von nationalen Aufsichtsbehörden mit dem Rat als letzter Entscheidungsinstanz vorstellbar sei.

Herr StS Dr. Schneider (ST) begrüßt die Einigung zum Mehrjährigen Finanzrahmen sowie zum Paket zur Kohäsionspolitik. Er dankt der Bundesregierung für die umfassende Einbindung der Länder während der Verhandlungsphase und zeigt sich zuversichtlich, dass Verzögerungen bei der Vorbereitung der neuen Förderperiode, die durch die späte Verabschiedung der Legislativakte entstanden sind, durch die intensive Vorbereitung und das pro-aktive Handeln der Länder kompensiert werden können. Neue finanzielle Spielräume müssten schnellstmöglich genutzt werden. Wichtig sei es, die Auswirkungen der neuen Regelungen in der Praxis, so etwa hinsichtlich des mit ihnen verbundenen Verwaltungsaufwandes, im Blick zu behalten, um frühzeitig auf ggf. notwendig werdende Änderungen hinwirken zu können.

**TOP 6:           Jugend in Europa**  
(BW, BY, BE, BB, HB, HE, NW, RP, TH, ST)

Die Vorsitzende StR'in Hiller (HB) begrüßt als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Hans-Georg Wicke (Leiter von JUGEND für Europa), der ein Impulsreferat für die anschließende Diskussion in der EMK hält.

Herr Wicke kleidet seine Überlegungen in eine „Erzählung über Jugend in Europa“, die er in neun Kapitel aufteilt. (Das dem Referat zugrunde liegende Manuskript ist diesem Protokoll beigelegt.)

Im Rahmen der nachfolgenden Diskussion stellt Frau StS'in Dunger-Löper (BE) das Projekt „U 18 EuropaWahl 2014 – Politische Bildung für Kinder und Jugendliche zur Europa-Wahl

2014“ vor. In Berlin sei dieses Projekt zuletzt anlässlich der Bundestagswahl 2013 durchgeführt worden, an dem beinahe 30.000 unter 18jährige beteiligt gewesen seien. Frau StS'in Dunger-Löper (BE) regt an, diese Idee auch für andere Länder zu übernehmen. Zwischen Berlin und Brandenburg sei diesbezüglich bereits eine Kooperation entstanden. (Das Informationsblatt zu diesem Projekt ist diesem Protokoll beigelegt.)

Über weitere Beispiele im Hinblick auf die Fokussierung auf junge Menschen in Europa berichtet Frau Bevollmächtigte Kuhn-Theis (SL).

Dabei ging es beispielsweise um eine Konferenz zu dem Thema „Die Rolle der Länder und Regionen in der EU-Jugendstrategie“, die kürzlich in Brüssel stattgefunden hat und an der sie maßgeblich beteiligt gewesen sei, sowie um Aktivitäten, die das Saarland mit Lothringen pflegt. Beide Regionen beabsichtigen in naher Zukunft den Abschluss einer Vereinbarung, um Ausbildungsverhältnisse grenzüberschreitend zu verzahnen.

Die EMK fasst den anliegenden Beschluss (s. beigelegtes Beschlussprotokoll) und stimmt der Veröffentlichung des Berichts auf der EMK-Webseite zu.

**TOP 7: Europaschulen**  
(HB, NI, NW, ST, SN)

Die Vorsitzende dankt für die vollständigen Rückläufe der Fragebögen und die konstruktive Mitarbeit an dem Bericht. Sie weist auf den internen Charakter der ausgefüllten Fragebögen hin und stellt den anonymisierten Berichtsentwurf zur Bestandsaufnahme von Europaschulen und Schulen mit Europaprofil vor. Es könne festgestellt werden, dass europapolitische Bildungsarbeit in den Ländern etabliert sei und dieser Weg gerade in Zeiten von wachsender Europaskepsis weiter beschritten werden sollte.

In der anschließenden Diskussion betonen Frau Schneider (BY), Frau Bevollmächtigte Kuhn-Theis (SL) und Frau Dr. Zoller (BW), dass es nicht in allen Ländern „Europaschulen“, sondern andere europapolitisch ausgerichtete sowie internationale Formate gebe und dass der vorgesehene Beschluss für die Sitzung im März 2014 diesem Umstand Rechnung tragen sollte.

Es besteht Einigkeit darüber, dass weder der Berichtsentwurf noch der auszuarbeitende Beschluss ein Länderranking darstellen und das Modell der Europaschulen nicht als einziges erstrebenswerteres Format bewertet werden solle. Allerdings sei das Thema der europapolitischen Bildung an Schulen von großer Bedeutung und solle daher weiter behandelt werden. Auch der durch die Umfrage unter den Ländern eingeleitete Erfahrungsaustausch zu erfolgversprechenden Möglichkeiten, die Europakompetenz unter Schülerinnen und Schülern zu steigern, wird als wertvoll erachtet.

Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) betont die Notwendigkeit jungen Menschen zu ermöglichen, das gemeinsame Europa als zukunftsorientierte Form der Gemeinschaft zu erleben. Dazu müsse schon früh der europäische Gedanke vermittelt werden. Die Länder könnten hier von einem möglichst offenen Erfahrungsaustausch nur profitieren.

Herr Dr. Schmuck (RP) erläutert, dass RP derzeit ein Zertifizierungsverfahren für Europaschulen einrichte. Auch dort gebe es bereits viele Schulen, die ohne diesen Titel stark europapolitisch orientiert seien. Man sehe allerdings die Zertifizierung als „Europaschule“ auch als Anreiz für Schulen zur eigenen Profilbildung.

Die Mitglieder der EMK einigen sich darauf, den Titel des Berichts in „Schulen mit Europaprofil“ zu ändern. Die EMK fasst den anliegenden Beschluss (s. beigefügtes Beschlussprotokoll) und stimmt der Veröffentlichung des Berichts auf der EMK-Webseite zu.

**TOP 8: Politischer Austausch mit dem Vorsitzenden der deutschen AdR-Delegation zur Zukunft des AdR**  
(RP, ST)

Die Vorsitzende begrüßt als Gast zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Min Dr. Holger Poppenhäger (Justizminister des Freistaates Thüringen und Vorsitzender der deutschen AdR-Delegation) und dankt ihm dafür, dass er sich zu einem Gespräch mit den Mitgliedern der EMK über die Zukunft des AdR aus Anlass dessen 20jährigen Bestehens bereit erklärt hat.

Das Gespräch solle auch dazu dienen, die in der März-EMK in Brüssel vorgesehene Diskussion mit dem AdR-Präsidenten Luis Valcárcel Siso vorzubereiten.

Herr Min Dr. Poppenhäger weist darauf hin, dass die Diskussion über die Zukunft des AdR gerade erst begonnen habe. Für die Zukunft stelle sich die Frage, wie er in seiner Arbeit effektiver und substantiierter sein könnte.

Die nationalen Delegationen waren aufgerufen, mit relativ kurzer Frist dem Präsidenten des AdR ihre jeweiligen Überlegungen zur Zukunft des AdR vorzulegen. In der deutschen Delegation habe man sich darauf verständigt, keine Veränderungen vorzuschlagen, die Vertragsänderungen bedingen würden. Insbesondere folgende Überlegungen stünden im Vordergrund:

Ein Ziel müsse sein, den regionalen Mehrwert der Arbeit des AdR besser herauszustellen. Bei der Zusammensetzung des AdR müsse darauf geachtet werden, dass er ein Gremium aus politischen Mandatsträgern bleibe. Die Delegation fände es wünschenswert, wenn der AdR sich stärker auf sein vertragsgemäßes „Kerngeschäft“ konzentrieren und dieses ausbauen würde. Es müsse künftig klarer werden, wen der AdR mit seinen inhaltlichen Stellungnahmen erreichen wolle. Dazu gehöre auch eine verständlichere Sprache in seinen Dokumenten. Es käme darauf an, künftig die regionalen und lokalen Bezüge klarer heraus zu arbeiten und den AdR in seiner Rolle als Multiplikator zu nutzen. Es sei erstrebenswert, dass die Berichterstatter bei der Weiterverfolgung von Stellungnahmen nach deren Annahme im Plenum mehr Unterstützung durch die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des AdR erfahren; die Berichterstatter selber hätten dafür keine Kapazitäten.

Auf der Ebene der Fachkommissionen solle künftig noch stärker auf eine Festlegung von Prioritäten für Initiativstellungen geachtet werden. Die Kommunikation der AdR-Ausschüsse mit den Fachausschüssen des Parlaments müsse besser organisiert werden.

Die Öffentlichkeitsarbeit des AdR bedürfe einer Verbesserung, damit er klarer wahrgenommen werde. Dafür könne z. B. die Durchführung von dezentralen AdR-Veranstaltungen (Beispiel: regionale Veranstaltungen im Rahmen der Open Days des AdR)

ein Mittel sein. Zu Beginn eines AdR-Plenums sollte stets eine „aktuelle Stunde“ zu einem wichtigen Thema angesetzt werden. Darin sollte eine freie politische Diskussion und nicht etwa die Befassung des Plenums mit Änderungsanträgen stattfinden.

In der anschließenden Diskussion erfährt der vorgenannte Hinweis auf die Notwendigkeit einer Verbesserung der Öffentlichkeitswirksamkeit des AdR breite Zustimmung.

Laut Herrn StS Dr. Schneider (ST) gibt es eine Diskrepanz zwischen der externen Wirkung des AdR und seiner Wahrnehmung innerhalb des Institutionengefüges, die sich einerseits in dem geringen Bekanntheitsgrad des AdR in der Öffentlichkeit und andererseits in der gewachsenen Anerkennung seiner Tätigkeit bei den EU-Organen äußere.

Herr StS Dr. Schneider (ST) nimmt zudem eine gewisse Spannung zwischen der AdR-Administration und den Mitgliedern wahr. Sie ergäbe sich aus der Tatsache, dass die Verwaltung kontinuierlich an den zu erledigenden Aufgaben arbeite, die („ehrenamtlichen“) Mandatsträger jedoch lediglich fünf bis sechs Mal pro Jahr im Zusammenhang mit den politischen Sitzungen dazu intensiv Gelegenheit hätten und zudem im Regelfall über keinen eigenen Verwaltungsapparat verfügten, auf den sie bei der inhaltlichen Vorbereitung der Sitzungen zurückgreifen könnten.

Aus mehreren Beiträgen wird deutlich, dass realistischere nicht allzu große Erwartungen bezogen auf den AdR im Rahmen der Diskussion zur Zukunft der EU gehegt werden sollten. Herr StS Dr. Schneider (ST) macht deutlich, dass es bislang immer so gewesen sei, dass der AdR sich mit Augenmaß Schritt für Schritt entwickelte – das werde auch künftig zu erwarten sein. Es mache insbesondere wenig Sinn, für die Zukunft des AdR nach analogen Modellen in den Verfassungen der Mitgliedstaaten der EU zu suchen. Der AdR sei eine Einrichtung sui generis. Die Vorstellung etwa, ihn zu einer zweiten Kammer (neben dem Europäischen Parlament) zu entwickeln, sei nicht realistisch.

Konkrete Veränderungen in der Arbeit des AdR seien aber dennoch möglich. In Kürze werde zum Beispiel ein neues Kooperationsabkommen zwischen dem AdR und dem Europäischen Parlament das Verhältnis zwischen den beiden Institutionen neu regeln: Demnach werde u. a. in den EP-Ausschüssen ein Sitz für einen Berichterstatter des AdR freigehalten. Umgekehrt werde das auch für Abgeordnete des Parlaments in AdR-Fachkommissionen gelten.

Als „visionäres“ Ziel im Rahmen der Diskussion über die Zukunft des AdR möge man – so Herr StS Dr. Schneider (ST) – die Stärkung des politischen Mandats verfolgen. Er würde die Möglichkeit begrüßen, das Ehrenamt Schritt für Schritt in ein Mandat zu überführen, das eine häufigere Anwesenheit in Brüssel möglich mache und gleichzeitig die durch unterschiedliche Wahltermine verursachte hohe Fluktuation der Mitglieder zu reduzieren.

Verschiedene Rednerinnen und Redner bedauern im Laufe der Diskussion, dass der Bekanntheitsgrad des AdR sehr gering sei. Die Institution und ihre Arbeit würden vielfach nicht zureichend wahrgenommen.

Frau Bevollmächtigte Kuhn-Theis (SL) stellt in diesem Zusammenhang fest, dass der AdR bei seiner Arbeit den Aspekt der Bürgernähe stärker betonen müsse, um im Bewusstsein der Bürger präsent zu sein.

Herr StS Pegel (MV) regt an, einmal im Jahr in einer deutschen Stadt ein Treffen der deutschen AdR-Mitglieder zu arrangieren. Dies könne ein geeignetes Mittel sein, den Bekanntheitsgrad des AdR und seiner Arbeit zu erhöhen.

Frau Min'in Spoorendonk (SH) hält es für dringend geboten, Transparenz herzustellen in der Frage, was mit den beschlossenen Stellungnahmen des AdR passiere. Erst so erschließe sich die Funktion des AdR in der Öffentlichkeit.

Die Vorsitzende dankt Herrn Min Dr. Poppenhäger für seinen Besuch der EMK. Sie dankt ebenso den Berichterstellerländern ST und RP für das gefertigte Hintergrundpapier.

Im Hinblick auf die März-EMK in Brüssel und die dort beabsichtigte Diskussion (auch mit dem AdR-Präsidenten) bittet die Vorsitzende die Berichtersteller um eine Fortschreibung des Berichtes im Lichte der hier geführten Diskussion, ggf. unter Berücksichtigung von Ergebnissen des Gespräches von Herrn Min Dr. Poppenhäger beim AdR-Präsidenten am 28. November 2013, und schließlich um einen Beschlussentwurf.

**TOP 9: Sachstandsbericht der Länderbeauftragten Berlin und Sachsen zu den Beitrittsprozessen der EU**  
(BE, SN)

Frau StS'in Dunger-Löper (BE) berichtet anhand des im Vorfeld zirkulierten Sachstandsberichts zu den Beitrittsprozessen der EU. BE und SN sind mit Ländervertretern in der Ratsarbeitsgruppe „Erweiterung“ und verfolgen die aktuellen Entwicklungen. Der Beitrittsprozess sei laut Europäischer Kommission insgesamt strenger und umfassender geworden. Es werde verstärkt Wert auf die Einführung von Grundprinzipien der EU gelegt. Beitrittsperspektive ohne Kandidatenstatus hätten derzeit die Länder Albanien, Bosnien und Herzegowina sowie Kosovo. Die Kommission empfehle dem Rat, Albanien den Kandidatenstatus zuzuerkennen. Die Länder Türkei, Mazedonien, Island, Serbien und Montenegro hätten derzeit einen Kandidatenstatus, wobei aktuell nur mit der Türkei und Montenegro Beitrittsverhandlungen geführt würden. Im Juni 2013 habe die EU die Aufnahme von Verhandlungen mit Serbien beschlossen. Island habe die Verhandlungen derzeit gestoppt, so dass hier kein Handlungsbedarf bestehe. Die Aufnahme von Verhandlungen mit Mazedonien werde nach wie vor durch den Namensstreit mit Griechenland verhindert.

Der Text des vorliegenden Berichtsentwurfs wird auf Anregung von Frau Dr. Zoller (BW) wie folgt geändert (S. 7): „Die erste Beitrittskonferenz soll – nach Annahme des Verhandlungsrahmens durch den Rat – spätestens im Januar 2014 stattfinden. *Maßgeblich für den Beginn der Verhandlungen werden die Fortschritte Serbiens und des Kosovo bei der Umsetzung der Grundsatzvereinbarung sein.*“

Diese Änderung entspräche der vom Rat gewählten Formulierung.



**TOP 10: Bericht aus dem IT-Planungsrat  
(SN)**

Herr StS Dr. Bernhardt leitet seinen Beitrag mit dem Hinweis ein, dass er im IT-Planungsrat stets dafür werbe, die Europaperspektive nicht aus dem Auge zu verlieren. Dies heiße umgekehrt auch, dass man in die nationale Standardisierung auch immer die europäische Entwicklung mit einbeziehe. Derzeit gäbe es in Europa zahlreiche IT-bezogene Aktivitäten (IT-Sicherheit, elektronische Authentifizierung, Normung) die im Blick behalten werden müssten. Überspitzt könnte man sagen, dass nichts erreicht wäre, wenn nur national (Insellösung) etwas geregelt würde. Wirksam könnten Maßnahmen nur sein, wenn sie europaweit greifen würden.

Im übrigen verweist Herr StS Dr. Bernhardt auf den von SN vorgelegten Bericht.

Die Vorsitzende dankt dem Berichtersteller.

**TOP 11: Verschiedenes**

**TOP 11.1: EU-Projekttag an Schulen 2014  
(HB als Vorsitz)**

Die Vorsitzende StRin Hiller (HB) fhrt kurz in das Thema ein und erläutert das Verfahren, den Termin für den jährlichen EU-Projekttag an Schulen in der EMK in Abstimmung mit dem Bundeskanzleramt zu beschließen.

Sie verweist auf das Schreiben des Bundeskanzleramtes, das den Mitgliedern der EMK vom Vorsitz zugeleitet wurde. Das Bundeskanzleramt schlägt für 2014 den 31. März als Termin vor.

Die Vorsitzende erläutert, dass diese Vorverlegung im Jahr (blicherweise wird der EU-Projekttag an Schulen innerhalb der Europawoche oder zumindest in großer Nähe zur jährlichen Europawoche im Mai platziert) der Tatsache geschuldet sei, dass in einigen Ländern durch Rechtsvorschriften politische Veranstaltungen in Schulen nicht in einer bestimmten zeitlichen Nähe zu einer Wahl durchgeführt werden dürften.

Frau Min'in Dr. Schwall-Düren (NW) uert Unverständnis über die Anwendung derartiger Rechtsvorschriften auf die von den Parteien insgesamt getragenen europabezogenen Aktivitäten in Schulen.

Die Vorsitzende verweist auf die Öffnungsklausel im vorliegenden Beschlussvorschlag, die es auch Ländern, deren landesinterne Regelungen die Durchführung des EU-Projekttag am 31. März 2014 nicht zulassen erlauben, den Beschluss dennoch mit zu fassen.

Die Vorsitzende bittet diese Länder, noch einmal zu prüfen, ob auch überparteiliche Veranstaltungen wie der jährliche EU-Projekttag an Schulen zwingend unter die jeweiligen Landesregelungen fallen bzw. ob durch das Vorziehen um einige Tage zumindest eine Nähe zum einheitlichen Termin eingehalten werden könnte.

Abschließend wird anliegender Beschluss gefasst (s. beigefügtes Beschlussprotokoll).

**TOP 11.2: Nationales Reformprogramm 2014**  
(HB als Vorsitz)

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die jährlichen Arbeiten am Nationalen Reformprogramm wieder anliefen. Eine inhaltliche Befassung der EMK zum Thema „Europäisches Semester“ sei für die Sitzung im Sommer 2014 vorgesehen.

**TOP 11.3: Unionsbürgerschaft**  
(SH)

Frau Min'in Spoorendonk (SH) regt an, auf der nächsten EMK das Thema „Wahlrecht für Unionsbürgerinnen und -bürger“ auf die Tagesordnung zu setzen. Diese Frage werde derzeit in mehreren Ländern diskutiert. Sie sagt zu, dass SH die Berichterstattung zu diesem Thema übernehmen werde.

Die Vorsitzende weist auf den Termin der **64. EMK am 20. März 2014 in Brüssel** hin, bedankt sich bei den Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

**Anlagen:**

- Anwesenheitsliste
- Beschlussprotokoll
- TOP 6 Jugend in Europa – Redemanuskript Herr Wicke
- TOP 6 Jugend in Europa – U18 Wahlprojekt